

Nachhaltig gesichert? – Industriestandorte in Rheinland-Pfalz in der Zeit der Energiewende

Zusammenfassung

Industrieunternehmen sind im besonderen Maße von den Umstrukturierungen im Zuge der Energiewende betroffen. Nach der durchgeführten qualitativen Erhebung besteht Handlungsbedarf auf Seiten der Politik und Industrie zur nachhaltigen sozialverträglichen Umgestaltung, die mehrdimensional und nicht nur technisch betrachtet werden sollte.

1) Hintergrund und Zielsetzung

Rheinland-Pfalz bis 2030 zu 100% Erneuerbar

- politisch forciert - gesamtgesellschaftliche Transformation, anstatt nur technischer Umbau
- Änderungen für Unternehmen hinsichtlich Akzeptanz und Auswirkungen bisher nicht hinreichend untersucht

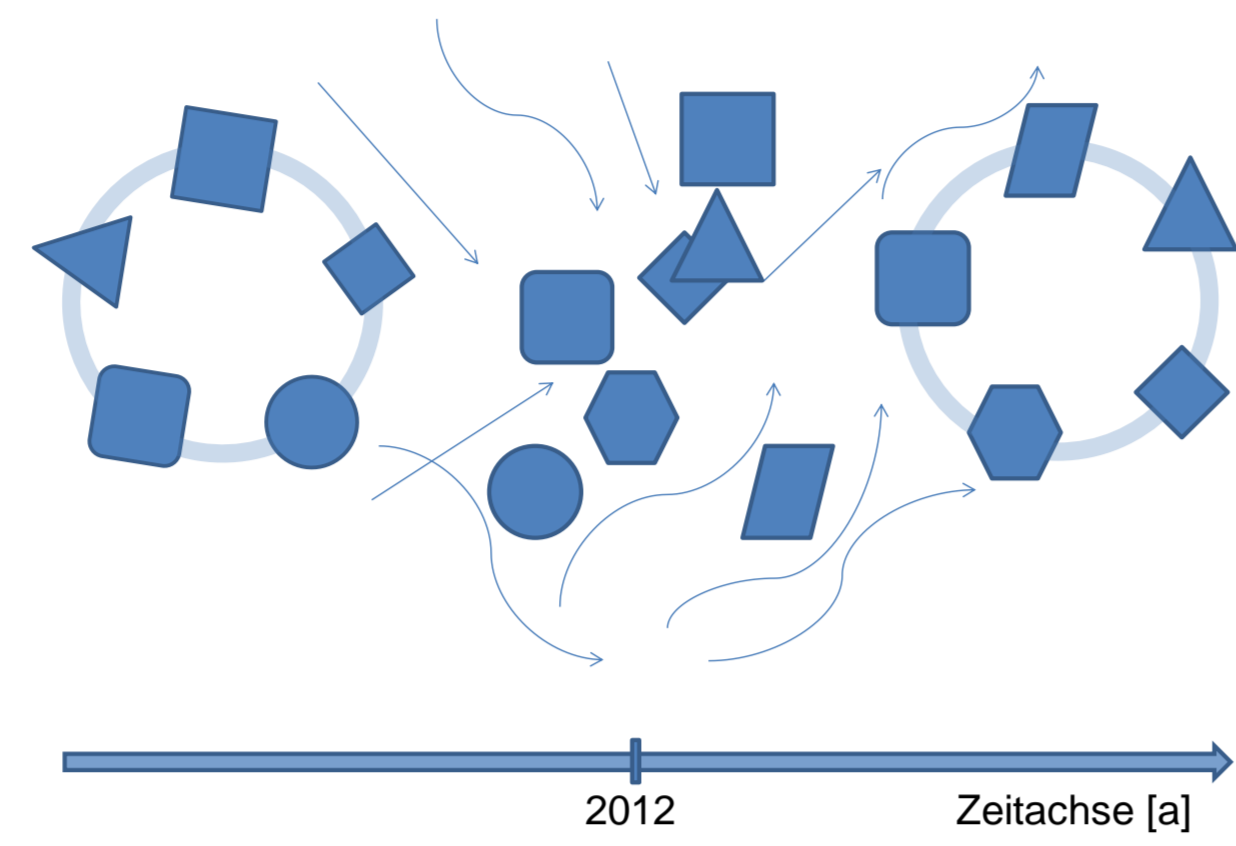
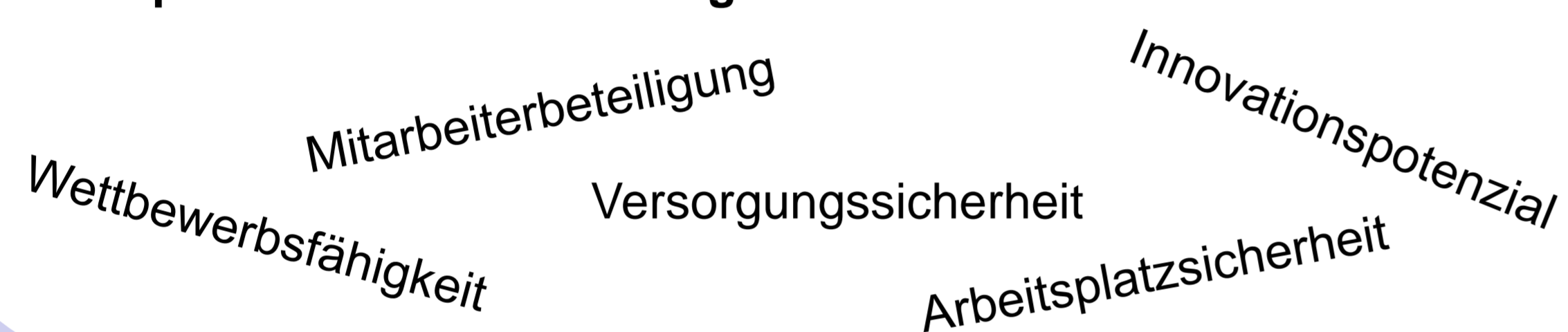


Abbildung 1-1: Das im Zuge der Energiewende neu zu bildende System und seine Elemente (Quelle: eigene Darstellung, nach GEELS 2002)

Leitfragen der Untersuchung

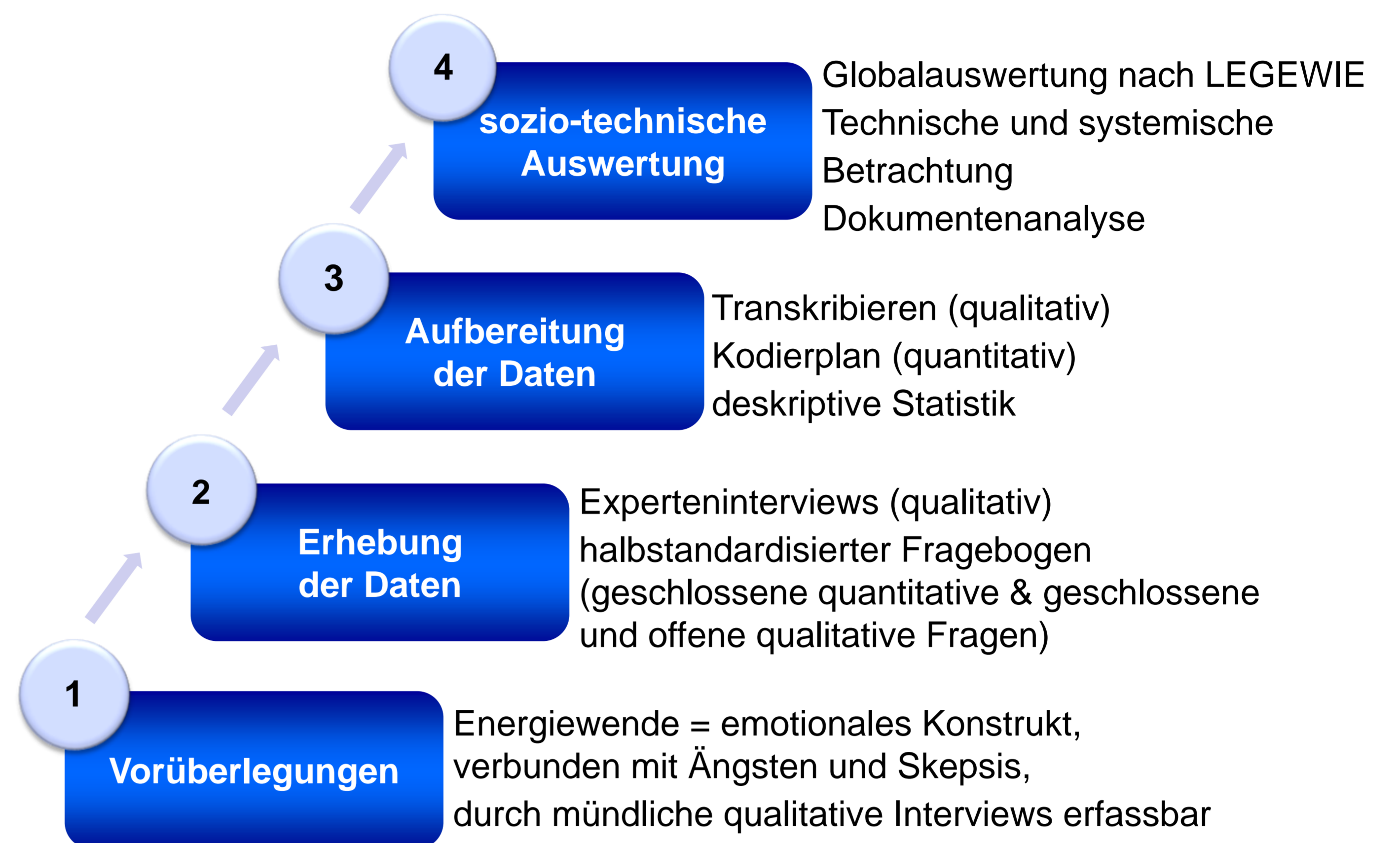
- Sind die Ziele der rheinland-pfälzischen Landesregierung am Standort bekannt?
- Welche Herausforderungen, Probleme und Chancen sehen Industrieunternehmen im Zuge der Energiewende?
- Wie sind die Unternehmen für die Auswirkungen und Neustrukturierungen aufgestellt?
- Welche Änderungen und Handlungsbedarfe leiten sich daraus für Politik und Industrie ab?

Schwerpunkte der Untersuchung



2) Datengrundlage und Methoden

Methodische Abfolge der Untersuchung



Die befragten Experten

- rheinland-pfälzische Industrieunternehmen (größte Energieverbraucher und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz) und EVUs
- Arbeitgeber und -nehmer
- exemplarisch für den Wirtschaftsstandort

3) Ergebnisse und Diskussion

Antworten und Folgerungen

- zu Leitfrage 1 - Ziele bekannt? -**
 - meist nicht bekannt → Unwissenheit, Unmut, Skepsis
- zu Leitfrage 2 - Herausforderung & Chancen? -**
 - steigende Kostenbelastung
 - Produktionsausfälle wg. Netzstörungen
 - gefährdete Wettbewerbsfähigkeit
 - negative Auswirkungen auf Arbeitsplätze
- zu Leitfrage 3 - Bereit für Auswirkungen? -**
 - fehlende Innovationen
 - kaum Eigenerzeugung, Abwärmenutzung, Absicherung gegen Versorgungsunterbrechungen, usw.
- zu Leitfrage 4 - Handlungsbedarf Unternehmen -**
 - Aktivierung intrinsischen Innovationswillens
 - Umstrukturierungen und Investitionen in Anlagen
 - Kosteneinsparungen durch Material- und Energieeffizienz nicht durch Personalrationalisierung
 - Nutzen des Potenzials „Mitarbeiter“
- zu Leitfrage 4 - Handlungsbedarf Politik -**
 - Anreize und Transparenz schaffen, informieren, sensibilisieren
 - Studien zur Realisierung der Ziele
 - Preisgestaltung mit Blick auf Industrie-Strompreise im Ausland
 - erneute Prüfung der Voraussetzungen für eine Privilegierung

➔ Beleg für weitreichende Verunsicherung

➔ Notwendigkeit von organisatorischem, finanziellem, rechtlichem, politischem und unternehmerischem Handlungsbedarf

4) Schlussfolgerungen

Hauptthemenisse von Politik und Industrie

- kritisch-skeptische Haltung bzw. nicht innovatives Verhalten der Industrieunternehmen
- Informationsdefizit auf Seiten der Industrieunternehmen und der Politik
- systemimmanente Kommunikationsprobleme

Lösungsansatz

- Dringende Beseitigung der Kommunikationsprobleme
- Technische eindimensionale Betrachtung nicht ausreichend

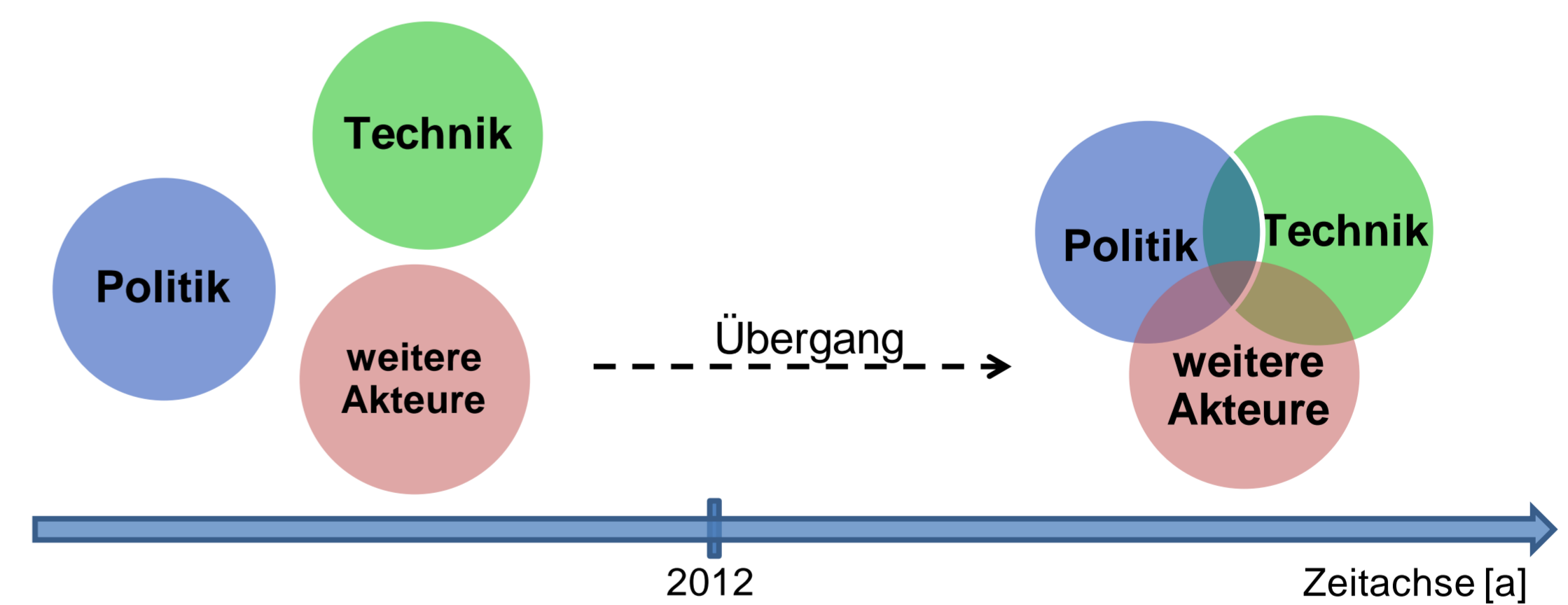


Abbildung 4-1: Übergang zum gemeinsamen zielgerichteten fächerübergreifenden Dialog (Quelle: eigene Darstellung)

Zur Bewältigung der Energiewende mehrdimensionale Betrachtung, um Standort nachhaltig und sozialverträglich zu gestalten!

Literaturverweise

- DECKEN, O. (2012): Gestaltung der Energiewende in Rheinland-Pfalz, Baustein: Speicher- und Netzausbau
- GABLER, A. (2012): Energiewende in Rheinland-Pfalz, sozio-technische Untersuchung der Auswirkungen der Energiewende auf Industrieunternehmen am Standort Rheinland-Pfalz. Masterthesis Hochschule Trier, TBS gGmbH Rheinland-Pfalz
- GEELS, F. (2002): Understanding the Dynamics of Technological Transitions, A co-evolutionary and socio-technical analysis
- MAUTZ, R./ ROSENBAUM, W. (2012): Der deutsche Stromsektor im Spannungsfeld energiewirtschaftlicher Umbaumodelle
- SPD & BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN RHEINLAND-PFALZ (2011): Koalitionsvertrag 2011-2016, Den sozial-ökologischen Wandel gestalten

Kooperationspartner



Kontakt

TBS gGmbH Rheinland-Pfalz
M. Sc. Anna Gabler (Beraterin)
Kaiserstraße 26-30
D – 55118 Mainz
Telefon: +496131-28835-22
Mobil: +49160-90920538
E-Mail: anna.gabler@tbs-rlp.de
Homepage: www.tbs-rlp.de

